

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Sacharow in Falle

Nachdem die Amerikaner behauptet hatten, ihrem Korrespondenten Nicholas Daniloff sei vom KGB in Moskau eine Falle gestellt worden, besteht nun auch der in New York verhaftete sowjetische UNO-Beamte Gennadi Sacharow für sich auf dieser Darstellung. Er bezeichnete sich an einer Pressekonferenz als Opfer einer «Spion-Manie». Man habe mit seiner Verhaftung «die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern (USA und UdSSR) untergraben» wollen.

USA gegen EG-Sanktionen

Ein amerikanischer Regierungsbeamter erklärte in der Nacht auf den Mittwoch, die von der EG beschlossenen «gezielten Massnahmen» gegen Südafrika gingen zu weit, als dass Präsident Reagan entsprechende Schritte einleiten könnte. Das Einfuhrverbot für Eisen, Stahl und Goldmünzen sowie das Verbot neuer Investitionen würden die «gewünschten Ziele nicht erreichen» und für die schwarze Bevölkerung negative wirtschaftliche Folgen zeitigen.

Visumzwang für Franzosen

Franzosen müssen seit dem Dienstag ein Visum beantragen, wenn sie in Kolumbien einreisen wollen. Dies ist die Antwort auf den Visumzwang für alle Personen ausserhalb der EG und der Schweiz durch Frankreich. Paris hatte diesen Beschluss als Teil der Terrorbekämpfung gefasst.

Hausdurchsuchungen in Chile

Soldaten und Polizisten haben in der Nacht auf den Mittwoch in zwei Arbeitervierteln der chilenischen Hauptstadt Hausdurchsuchungen durchgeführt und dabei nach Waffen gesucht. Santiagos Militärgouverneur Osvaldo Hernandez teilte mit, dass diese Durchsuchungen fortgesetzt würden. Zur gleichen Zeit haben die chilenischen Behörden der britischen Nachrichtenagentur Reuter erlaubt, ihre Arbeit in Chile wieder aufzunehmen. Nach dem Attentat auf Präsident Pinochet musste sie ihre Arbeit einstellen.

Vorerst keine Ausdehnung der Visumpflicht in der Schweiz

Bern (AP) Der Bundesrat der Schweiz hat am Mittwoch die Situation im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Terrorwelle in Europa kurz geprüft ohne auf den Entscheid vom Sommer zurückzukommen, die Visumpflicht für die Einreise in die Schweiz vorerst nicht auf weitere Staaten auszudehnen. Die Bundesanwaltschaft habe jedoch den Auftrag, die Situation laufend zu überprüfen und die Sicherheitsmassnahmen im Innern zu verstärken, erklärte Vizekanzler Achille Casanova am Mittwoch vor der Bundeshauspresse. Roland Hauenstein, Sprecher der Bundesanwaltschaft, bestätigte, dass seine Dienststelle «sicher die Augen offenhält».

Wie Casanova ausführte, hat sich die Landesregierung kurz mit der Situation des Terrorismus und mit den Abwehrmassnahmen, die von gewissen Staaten getroffen wurden, befasst. Der Bundesrat werde von der Bundesanwaltschaft laufend über die Entwicklung der Lage informiert. Neue Entscheide seien nicht getroffen worden. Die Landesregierung habe sich bereits vor und nach den Sommerferien mit dem Visumproblem befasst und dabei beschlossen, keine neue Visumpflicht einzuführen. Ob sich der Bundesrat mit neuen Anträgen zur Ausdehnung der Visumpflicht befassen müsse, sei völlig offen. Die Verstärkung der Sicherheitsmassnahmen im Innern des Landes ist nach den Worten von Casanova gegenwärtig im Gange.



Die Regierung hält an ihrem früheren Beschluss fest, keine weiteren Strassenbauten vorzunehmen, um den internationalen Durchgangsverkehr aufzunehmen. Die Verkehrsprobleme sollen weiträumig im Rheintal gelöst werden. (Archivbild)

Liechtenstein gegen weiteren Strassenausbau

Die Regierungen von Liechtenstein, Vorarlberg und St. Gallen trafen sich zu Koordinationsgesprächen

Strassen- und Verkehrsplanungen im Grenzgebiet können aufgrund der internationalen Durchgangslinien nicht mehr isoliert vorgenommen werden, sondern verlangen nach einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Wie der österreichische Rundfunk gestern morgen meldete, sind die Regierungen von Liechtenstein, Vorarlberg und St. Gallen zu einem Koordinationsgespräch über die künftige Linienführung und Verkehrsabnahme im Raume Feldkirch zusammengekommen. Unser Land habe sich dabei, wie es weiter hiess, gegen einen weiteren Strassenausbau ausgesprochen.

Das Projekt «Letztunnel», das die Verbindung zwischen dem Autobahnanschluss bei Frastanz und dem Grenzübergang Tisis herstellen soll, wird seit einiger Zeit – nachdem während mehreren Jahren praktisch Funkstille herrschte – wieder in die öffentliche Diskussion gebracht. Gegen diese Umfahrung von Feldkirch wehrt sich aber nicht nur eine Bürgerinitiative «Feldkircher und Frastanz gegen den Letztunnel», sondern auch die liechtensteinische Regierung, die sich schon vor Jahren gegen die Übernahme des internationalen Verkehrs über eine zusätzliche ausgebaute Strassenverbindung vom Zollamt Schaanwald zur schweizerischen Nationalstrasse (N 13) ausgesprochen hat.

Liechtensteinische Haltung unverändert

Nach dem Treffen des vorarlbergischen Landesrates Günther Vetter, des st. galli-

schen Regierungsrates Willy Geiger und eines Vertreters der liechtensteinischen Regierung wurde bekannt, dass die liechtensteinische Haltung in dieser Frage unverändert sei, dass sich Liechtenstein, wie der österreichische Rundfunk gemeldet hatte, gegen einen weiteren Strassenausbau ausgesprochen habe. Auf Anfrage erklärte der Ressortinhaber für Verkehr, Regierungsrat Wilfried Büchel, dass die Regierung das Projekt «Letztunnel» erneut eingehend diskutiert habe. Die Regierung ist nach seinen Worten nach wie vor der Auffassung, dass der Grenzübergang Schaanwald keinen weiteren Verkehr aufnehmen könne, sondern sich eine grossräumige Lösung der Verkehrsprobleme im Rheintal, aufdränge. Regierungsrat Büchel unterstrich bei seinen Ausführungen, dass diese Regelung jedoch nicht in sein Verkehrsressort, sondern in das Bauressort von Regierungschef Hans Brunhart falle, der auch an den bisherigen Besprechungen mit der vorarlbergischen und st. gallischen Regierung teilgenommen habe.

Jahrelanges Tauziehen zu Ende?

Als zuständiges Regierungsmitglied hatte Regierungschef Brunhart verschiedentlich auf entsprechende Anfragen im Landtag Auskunft erteilen müssen. In der letzten Sitzung vor der Sommerpause erkundigte sich Landtagsvizepräsident Josef Büchel nach dem Stand der Dinge und dem geplanten Autobahnanschluss. Wie Regierungschef Brunhart damals

auführte, lehnte die Regierung die Trassenstudie der Vorarlberger Regierung ab: «Diese Trassenstudie sieht eine Verlängerung des Letztunnels bis auf die Westseite der OeBB-Linie und eine Neutrasseierung an die Landesgrenze – ca. 320 m nordwestlich des heutigen Zollüberganges – vor.

Liechtenstein hätte die Strasse ab dem gemeinsamen Zollamt zu übernehmen und unter dem Eschnerberg mittels eines Tunnels zwischen Bendern und Ruggell zur N 13 zu führen.» Gegen eine solche Linienführung besteht seit Jahren eine Abneigung in der Regierung, so dass das Tauziehen um die Weiterführung der Strassenverbindungen zwischen den Autobahnen im Vorarlberg und in der Schweiz noch einige Zeit andauern dürfte.

Die drei Regierungsvertreter sind nach inoffiziellen Angaben übereingekommen, sich zu weiteren Gesprächen zu treffen. Eine Einigung wird nur schwer zu erzielen sein, denn den Vorstellungen der Vorarlberger Regierung zum Bau des «Letztunnels» steht die Haltung der liechtensteinischen Regierung gegenüber, wie sie in der Antwort auf eine FBP-Interpellation im Jahre 1982 formuliert wurde: «Der Bau einer Umfahrungs- oder Schnellstrasse durch das Liechtensteiner Unterland zur Übernahme des Fernverkehrs zwischen den österreichischen Autobahnen und der schweizerischen Nationalstrasse N 13 kann unter den heutigen Gegebenheiten nicht verwirklicht werden.» (G.M.)

Bodenseetreffen der jungen Politiker

Unter dem Thema «Zusammenarbeit und Freundschaft kennt keine Grenzen» treffen sich am kommenden Wochenende in Lindau die jungen Politiker aus dem Bodenseeraum. Unser Land wird durch die Junge FBP vertreten.

Das Bodenseetreffen junger Politiker beginnt am Freitag abend mit Kurzsprachen von Vertretern der teilnehmenden Jugendverbänden. Für die Junge FBP wird Obmann Siegfried Elkuch über die Zusammenarbeit mit Jugendorganisationen aus anderen Ländern sprechen.

Über «Politische Herausforderungen an die Jugend im Jahr 2000» hält der Präsident des Bayerischen Landtags, Dr. Franz Heubl, ein Referat, an das sich am Samstag eine Podiumsdiskussion über die Nutzung der Kernenergie anschliesen wird. An der Podiumsdiskussion über «Reaktionen und Konsequenzen nach der Katastrophe von Tschernobyl» nimmt auch der Präsident der Jungen FBP, Siegfried Elkuch, teil.

Das Treffen der Jugendorganisationen der Parteien wird begleitet durch sportliche und gesellschaftliche Veranstaltungen.

Konferenz der Vorstände und Stabstellenleiter

(pafl) Die Landesverwaltung sieht sich heute vermehrt komplexen Aufgabenstellungen gegenüber, die nur durch eine ämterübergreifende Zusammenarbeit gelöst werden können. Dieser Entwicklung Rechnung tragend hat die Regierung in ihrer Sitzung vom 16. September 1986 grundsätzlich beschlossen, den Informationsaustausch unter den Ämtern und Stabstellen zu intensivieren und vermehrt über Themen von allgemeinem Interesse für die Verwaltung zu informieren. Als konkrete Massnahme sollen künftig jedes Jahr mindestens drei Konferenzen der Amtsvorstände und Stabstellenleiter stattfinden, die der gegenseitigen Information und der Koordination von ämterübergreifenden Belangen gewidmet sind.

Die Konferenz der Amtsvorstände und Stabstellenleiter wurde 1983 eingeführt und ist seither in unregelmässigen Abständen, je nach Bedarf, durchgeführt worden. Durch den Ausbau dieser Informationsveranstaltungen für die Führungskräfte der Landesverwaltung vollzieht sich ein weiterer Schritt im Bemühen, die Organisations- und Informationsstruktur innerhalb der Verwaltung zu optimieren.

Die Konferenz steht unter dem Vorsitz von Regierungschef Hans Brunhart. Sie trat letztmals Ende August dieses Jahres zusammen und beschäftigte sich dabei schwerpunktmässig mit Fragen der EDV in der Landesverwaltung.

Posthalter erschossen

Bern (spk) Der 60jährige Posthalter der Schosshalden-Post in Bern ist am Mittwoch vormittag bei einem versuchten Raubüberfall angeschossen worden und anschliessend im Spital seinen Verletzungen erlegen. Laut einem Pressecommuniqué des Polizeikommandos der Stadt Bern ist eine Grossfahndung nach den beiden Tätern eingeleitet worden, die ohne Beute geflüchtet seien.

Das schweizerische Hochschulkonkordat steht

Liechtenstein und Nidhochschulkantone zahlen mehr

Bern (spk) Die Nidhochschulkantone und das Fürstentum Liechtenstein sind gewillt, sich für weitere fünf Jahre an der Finanzierung der kantonalen Hochschulen zu beteiligen. Die entsprechende Interkantonale Vereinbarung über Hochschulbeiträge hat der Bundesrat am Mittwoch für die Zeitspanne 1987 bis 1992 genehmigt. Sie führt jene der Jahre 81–86 weiter und tritt auf den 1. Januar 1987 in Kraft.

Seit 1981 entrichten sämtliche Kantone und das Fürstentum Liechtenstein (FL) für alle ihre Studenten, die eine schweizerische Hochschule besuchen, einen jährlichen Beitrag. Dieser belief sich anfänglich (1981–83) auf 3000 Franken. Zur Zeit müssen 5000 Franken bezahlt werden. Vom kommenden Jahr an steigt der Beitrag regelmässig um weitere 1000 Franken an. Die Nidhochschul-Kantone plus das FL greifen dabei tiefer in die Taschen. 1987 werden sie noch 5000 Franken pro Student und Jahr bezahlen müssen, 1988/89 6000, 1990/91 7000 und 1992 8000 Franken. Das sind innert zehn Jahren immerhin 5000 Franken mehr.

Noch fehlen fünf Kantone

Das Hochschul-Konkordat ist bis anhin von 21 Hochschul- und Nidhochschulkantonen unterzeichnet worden. Gemäss Auskünften von Esther Garke, Adjunktin beim Bundesamt für Bildung und Wissenschaft (BBW), sind noch ausstehend die Kantone Uri, Genf und Jura; in diesen Kantonen sollen aber die Legislativen noch diesen Monat über den Beitritt befinden. Noch nichts entschieden ist in den Kantonen Aargau und Wallis. Für Esther Garke ist es jedenfalls erfreulich, dass das Protokoll relativ reibungslos über die Bühne gegangen ist.

Die Ermittlung der Studentenzahlen erfolgt aus der Berechnung der durchschnittlichen Studentenzahlen des betreffenden Winter- und Sommersemesters. Den Einzug der Beiträge bei den zahlungspflichtigen Kantonen und die Überweisung an die Hochschulkantone besorgt das Sekretariat der Schweizerischen Hochschulkonferenz, ist im Konkordat festgehalten.

Vier Prozent der Ausgaben

Damit kommen die Nidhochschulkantone (inklusive das FL) gegenwärtig für rund vier Prozent der gesamten Hochschulausgaben der Kantone auf. Je nach der Verteuerung der Betriebskosten kann dieser Anteil auf fünf bis sechs Prozent steigen, meinte die BBW-Sprecherin. Zum Vergleich: Der Bund, der die kantonalen «Akademien» via Hochschulförderungsgesetz subventioniert und die ETH

in Zürich und Lausanne finanziert, trägt rund 35 Prozent der gesamtschweizerischen Hochschulausgaben.

Den Löwentanteil bezahlen somit immer noch die Hochschulkantone. Als Gegenleistung verpflichten sie sich – es handelt sich um die Kantone ZH, BE, FR, BS, SG, VD, NE, und GE (noch nicht unterzeichnet) – gemäss Vereinbarungstext den freien Universitätszugang sicherzustellen. Auch haben sie die Studienwilligen aus allen dem Konkordat beigetretenen Gemeinwesen den eigenen Studierenden gleichzustellen. Diese Bestimmungen gelten aber nicht für die nicht beigetretenen Kantone.

Dass die Vereinbarung zustandekommen würde, stand schon seit Juni 86 fest, nachdem die genügende Anzahl von sechs Hochschul- und zehn Nidhochschulkantonen sowie das FL den Beitritt erklärt hatten. In den Kantonen Schaffhausen und Graubünden stimmte das Volk am 16. März mit 21 039:10 738 Stimmen bzw. am 8. Juni mit 18 945:7 962 Stimmen zu. In den anderen Kantonen gaben die Exekutiven (z. B. ZH am 27. November 1985) oder die Legislativen ohne grosse Opposition grünes Licht zum Konkordat. So am 28. November 1985 der Zuger Kantonsrat oder am 27. Januar 1986 der Luzerner Grosse Rat.

21. sept.
BETTAG
in sich gehen
statt ausfahren
Freimilch
autofrei